

# ANTRAG

|                        |                       |              |                               |
|------------------------|-----------------------|--------------|-------------------------------|
|                        |                       |              | <b>Vorlage-Nr.: A 23/0315</b> |
| <b>Fraktion WiN-FW</b> |                       |              | <b>Datum: 22.08.2023</b>      |
| <b>Bearb.:</b>         | <b>Rathje, Reimer</b> | <b>Tel.:</b> | <b>öffentlich</b>             |
| <b>Az.:</b>            |                       |              |                               |

| <b>Beratungsfolge</b> | <b>Sitzungstermin</b> | <b>Zuständigkeit</b> |
|-----------------------|-----------------------|----------------------|
| <b>Hauptausschuss</b> | <b>04.09.2023</b>     | <b>Entscheidung</b>  |

**Antrag zur Konzepterstellung einer Videoüberwachung an kritischen und neuralgischen Schwerpunkten in Norderstedt; hier: Antrag der Fraktion WiN-FW vom 22.08.2023**

## Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur Videoüberwachung der kritischen und neuralgischen Schwerpunkte krimineller Handlungen und Straftaten in der Stadt Norderstedt zu erstellen. Die Erstellung sollte in enger und fachbezogener Weise mit der zuständigen Polizeibehörde stattfinden und die Durchschaltung auf die entsprechenden Polizeireviere erfolgen. Die Vorstellung des Konzeptes erbitten wir bis zu den Herbstferien 2023. Die Durchführung der Maßnahme sollte zeitnah nach einem entsprechenden Beschluß im Ausschuss erfolgen.

## Sachverhalt

Nach entsprechenden Vorfällen krimineller Handlungen sowohl rund um den ZOB Norderstedt-Mitte als auch am ZOB Garstedt sowie um das Herold Center empfindet die Bevölkerung diese und weitere Punkte als sogenannte Angsträume. Dieses Empfinden wurde durch zahlreiche zum Teil sehr schwere Überfälle bestätigt. Die Polizei hat wiederholt erklärt, dass in anderen Städten in Schleswig-Holstein (z.B. Elmshorn, Lübeck) signifikante Erfolge in der Verbrechensbekämpfung erzielt wurden. Seit der Sitzung des Hauptausschusses vom 24.04.2023 ist die Verwaltung anscheinend nicht tätig geworden da sie zu weiteren Gesprächen mit der Politik nicht eingeladen hat. Dieses ist nur ein Ansatz zur Lösung dieses Problems. Weitere Lösungsansätze im Hinblick auf den Ausbau der Sozialarbeit erhoffen wir uns bis Jahresende 2023.

## Anlage:

Originalantrag

|                 |                     |             |  |                     |                     |
|-----------------|---------------------|-------------|--|---------------------|---------------------|
| Sachbearbeitung | Fachbereichsleitung | Amtsleitung | mitzeichnendes Amt (bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen: Amt 20) | Stadtrat/Stadträtin | Oberbürgermeisterin |
|-----------------|---------------------|-------------|--|---------------------|---------------------|